



Dienstleistungswirtschaft in der Corona-Krise – Bestandsaufnahme und Verbesserungsvorschläge

**Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft (BDWi),
Friedrichstraße 149, 10117 Berlin, Tel.: 030.2888070,
Mail: info@bdwi-online.de, Website: www.bdwi-online.de**

Der Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft (BDWi)

Der Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft (BDWi) vertritt 17 Branchenverbände des tertiären Sektors, denen rund 100.000 Unternehmen mit mehr als 2 Millionen Mitarbeitern angehören. Das Spektrum erstreckt sich von der Altenpflege über die Autovermieter bis zur Zeitarbeit und zeigt damit sehr gut die Betroffenheit der Dienstleistungswirtschaft durch die aktuelle Situation.

Allgemein

Die Einschnitte durch die Coronavirus-Pandemie sind für Bevölkerung, Wirtschaft und Politik in Deutschland bislang beispiellos. Seit Bestehen der Bundesrepublik hat es in unserem Land kein Ereignis mit so weitreichenden und tiefgreifenden Folgen gegeben. Wir begrüßen daher die enormen Anstrengungen der Bundesregierung und der Regierungen der Länder. Diese haben innerhalb kürzester Zeit einen Maßnahmenkatalog zur Schadenminimierung von beispiellosem Ausmaß auf den Weg gebracht.

Aus den Branchen

Altenpflege

Die privaten Anbieter stationärer und ambulanter Altenpflege stehen vor großen Herausforderungen. Diese sind zu bewältigen, wenn die Rahmenbedingungen für die Branche angepasst werden.

Vorschläge

Klare, eindeutige und sofort umsetzbare Regelungen

Besuchsverbote dürfen nicht öffentlich relativiert werden oder mit untauglichen Vorschlägen zur Kontingentierung pro Bewohner verbunden werden, weil weitere

Mitarbeitende gebunden werden und vermeidbare Risiken nicht vermieden werden.

Dringend benötigte Kräfte brauchen jede Unterstützung ohne Wenn und Aber. Einschränkende Regelungen bei der Kinderbetreuung überfordern alle Beteiligten und verhindern somit die Konzentration auf die Aufrechterhaltung der Versorgung.

Schutzausrüstung bereitstellen – Einsatz von Schutzausrüstung regulieren

Die Bundesregierung muss klar kommunizieren, dass die notwendige Schutzausrüstung zur Verfügung gestellt wird. Notwendig ist eine klare rote Linie, ab wann Mitarbeiter dem Risiko nicht mehr ausgesetzt werden dürfen.

Die Mitarbeiter sind Profis in Sachen Hygiene und Selbstschutz. Dabei ist ihnen klar, dass im Normalmodus angemessene Vorgaben absehbar nicht eingehalten werden können, die Mitarbeiter sind sowohl einem hohen Risiko ausgesetzt als auch teils schrillen Vorwürfen und Forderungen von zu pflegenden Menschen und deren Angehörigen. Darum ist öffentlich erkennbare Unterstützung der Bundesregierung notwendig, wenn wegen fehlender Schutzausrüstung die Versorgung einzelner mit besonders hohem Risiko behafteter Patienten eingestellt werden muss. Die Mitarbeiter können nur insofern eingesetzt werden, dass deren Sicherheit unter Berücksichtigung der Ausnahmesituation bestmöglich gewahrt bleibt.

Hinweise auf unterschiedliche Zuständigkeiten müssen unterbleiben.

Bund, Länder und Kommunen dürfen keine widersprüchlichen Regeln erlassen.

Mehr Informationen zur Branche finden Sie auf der Website des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste: <https://www.bpa.de> .

Autovermieter

Die Autovermieter werden durch die Folgen des Corona-Virus hart getroffen. Absagen von Messen, Reisen, Veranstaltungen und eine allgemeine Verunsicherung und Zurückhaltung der Gesellschaft führen zu dramatischen Einbrüchen bei der Miete von Kraftfahrzeugen.

Der Verband befürchtet schlimme Folgen für viele Betriebe, deren Kosten für Fuhrpark, Personal und Betrieb weiterlaufen, während die Umsätze einbrechen oder Betriebe aufgrund von Verdachtsfällen sogar zwangsgeschlossen werden könnten. Besonders der Mittelstand kann solchen unvorhersehbaren Belastungen nur schwer standhalten.

Vorschläge

Die Branche fordert kurzfristige Finanzspritzen.

Mehr Informationen zur Branche finden Sie auf der Website des Bundesverbandes der Autovermieter Deutschlands <https://www.bav.de> .

Baumschulen

Die Baumschulen befürchten einen Rückgang der Nachfrage. Der Export in andere Länder leidet erheblich. Ein gravierendes Problem ist der sich

abzeichnende Mangel an Saisonarbeitskräften. Diese spielen zu Erntezeiten eine wichtige Rolle in der Branche.

Vorschläge

Die Branche fordert – im Einklang mit anderen Verbänden aus der Landwirtschaft – einen EU-Passierschein für Personen mit Arbeitsvertrag, um Saisonarbeitskräfte beschäftigen zu können.

Mehr Informationen zur Branche finden Sie auf der Website vom Bund deutscher Baumschulen <https://www.gruen-ist-leben.de> .

Einzelhandel / Kioske

Kleine Einzelhandelsgeschäfte und Kioske dürfen auch weiterhin öffnen. In einigen Lagen werden die Geschäfte auf Grund der Ausgangsbeschränkungen kaum noch von Kunden aufgesucht. Diese Standorte liegen in der Regel in Geschäfts- und Einkaufsvierteln mit hohen Mieten / Pachten.

Die betroffenen Unternehmen profitieren grundsätzlich von den Regelungen zum Aufschub von Miet- und Pachtzahlungen im Rahmen des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht.

Gewerbliches Spiel

Die Pandemie verlangt uns allen viel ab. Auch die Unternehmen der Automatenwirtschaft tragen dabei Verantwortung. Dieser Verantwortung kommen sie auch nach. Schon jetzt unterstützen Beschäftigte der Automatenwirtschaft, die unter den Schließungen leiden, aktiv die Arbeit in systemrelevanten Bereichen. Servicekräfte in Kurzarbeit helfen beispielsweise im Einzelhandel aus. Diese solidarischen Hilfsmaßnahmen begrüßt die Branche ausdrücklich. Sie tragen dazu bei, dass diesem Beispiel weitere Unternehmen folgen.

Aus ökonomischer Sicht sind die verhängten Maßnahmen für die Branche wie auch viele andere Bereiche der Wirtschaft und die Beschäftigten schmerzlich und existenzbedrohend. Durch die bundesweite Schließung von Spielhallen und gastronomischen Betrieben sind die Unternehmen der Automatenwirtschaft in eine existenzbedrohende Notlage gekommen. Die rund 6.000 Unternehmen der Automatenwirtschaft in Industrie, Großhandel und vor Ort in den Spielhallen und gastronomischen Betrieben sind wirtschaftlich mit ihnen 70.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einer existenziellen Ausnahmesituation. Nach den Umsatzrückgängen in den Vorwochen fallen die Einnahmen in einigen Fällen für sechs Wochen gänzlich weg. Löhne und Gehälter, Mietverträge und andere Verpflichtungen laufen jedoch weiter.

Vorschläge

Die von Bund und Ländern auf den Weg gebrachten Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie begrüßt die Branche ausdrücklich. Entscheidend ist jetzt, dass die Hilfen schnell, unbürokratisch und effektiv umgesetzt werden.

Für die kommenden Wochen erwartet die Branche von den Entscheidungsträgern, dass sie mit Augenmaß handeln. Mit Blick auf die Unternehmen und ihre Beschäftigten aber auch im Sinne des Kanalisierungsauftrags dürfen die Schließungen nur das absolut letzte Mittel sein. Die Zeiträume der Maßnahmen sollten deshalb so kurz wie nötig gehalten werden. Denn es ist jetzt schon erkennbar, dass Verbraucher in illegale Online-Casinos abwandern, die keinen mit Spielhallen oder den ordentlichen Gastronomiebetrieben vergleichbaren Spieler- und Jugendschutz bieten.

Mehr Informationen zur Branche finden Sie auf den Websites des Bundesverbandes Automatenunternehmer <https://www.baberlin.de> und des Forums für Automatenunternehmer <https://www.forum-automaten.de> .

Sicherheitswirtschaft

Die privaten Sicherheitsdienste sind mit ihren 270.000 Beschäftigten ein wichtiger Bestandteil der Sicherheitsarchitektur in Deutschland. Die Folgen der Corona-Krise stellt die Branche in den nächsten Tagen und Wochen vor gewaltige, bisher nicht vorstellbare Herausforderungen.

Die Nachfrage nach Sicherheitskräften zur Eingangskontrolle im Einzelhandel und auch in Krankenhäusern steigt enorm. Die Sicherheitskräfte schützen die dort Beschäftigten und tragen damit zur Versorgungssicherheit und zu geregelten Abläufen bei. Dadurch sind die Mitarbeiter einer besonders hohen Infektionsgefahr ausgesetzt. Das spiegelt sich in den hohen Krankenständen, bis zu 30 Prozent, wider.

Viele Aufträge für die Sicherheitswirtschaft sind storniert worden. Dabei handelt es sich um Messen, Veranstaltungen, usw. In der Branche sind viele geringfügig Beschäftigte tätig. Diese erhalten kein Kurzarbeitergeld, wenn sie nicht eingesetzt werden können.

Die Branche ist auch für den Schutz kritischer Infrastrukturen und für die Versorgung mit Bargeld zuständig. Für die eingesetzten Mitarbeiter fehlt eine Kinderbetreuung. Hinzu kommt das Problem, dass neue Mitarbeiter nicht umgehend eingesetzt werden können, weil Prüfungen beziehungsweise Unterrichtungen vor dem Einsatz obligatorisch sind. Die dafür zuständigen Handelskammern haben die Unterrichtungen und Prüfungen für neue Mitarbeiter der Sicherheitsdienstleister ausgesetzt. Dadurch entstehen in einigen Regionen Deutschlands Personalengpässe.

Vorschläge

1. Aufnahme in die KRITIS-Verordnung
2. Liquiditätshilfen zur Abwendung von Insolvenzen
3. Aussetzung gewerberechtlicher Voraussetzungen

Die Branche schützt alle Organisationen und Einrichtungen der Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) und leistet einen unverzichtbaren Beitrag für die Innere Sicherheit in Deutschland. Sie schützt den deutschen Mittelstand und zahlreiche öffentliche Einrichtungen bis hin zur Zutrittskontrolle im Deutschen Bundestag.

Die Tätigkeiten der Branche sind systemrelevant und müssen deshalb im Rahmen der Sonderregelungen für KRITIS bundesweit anerkannt werden. Daraus folgt:

1. Zugang für die Kinder der Beschäftigten zu Notdiensten in Kindergärten und Schulen
2. Bereitstellung von Schutzausrüstung, wie etwa Atemschutzmasken, für Sicherheitskräfte
3. Unbegrenzter Zugang des Sicherheitspersonals zu den Einsatz- bzw. Beschäftigungsorten auch bei Ausgangssperren.

In vielen Tätigkeitsbereichen der Sicherheitswirtschaft brechen die Umsätze weg. Das gilt für den Werkschutz, die Luftsicherheit, den Schutz von Veranstaltungen, Messen und des öffentlichen Personenverkehrs. Für zahlreiche Unternehmen wird in den nächsten Wochen und Monaten eine existenzgefährdende Situation entstehen. Die Unternehmen benötigen dringend eine finanzielle Entlastung durch:

1. Zahlung des Krankengeldes bereits ab dem 1. Krankheitstag, zur Kompensation der weit überdurchschnittlichen Krankheitsquoten
2. Kurzarbeitergeld auch für geringfügig Beschäftigte, die im Schutz von Veranstaltungen tätig sind.
3. Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenze von 450 auf 900 Euro pro Monat, weil zur Kompensation der hohen Krankenstände bei den Vollzeitbeschäftigten im verstärkten Maße auf bereits vorhandenen Aushilfskräfte zurückgegriffen werden muss.
4. Ausnahmen von den Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes.
5. Kompensation gem. § 65 Infektionsschutzgesetz, wenn durch behördliche Schließungen von Einrichtungen und Unternehmen das Schutzbedürfnis ganz entfällt beziehungsweise deutlich reduziert wird.

Eine Besonderheit der Branche stellen die gewerberechtlichen Voraussetzungen dar. Alle neu in die Sicherheitswirtschaft eintretenden Beschäftigten müssen entweder ein Unterrichtsverfahren oder – für bestimmte Tätigkeiten - eine Sachkundeprüfung bei einer Industrie- und Handelskammer absolvieren. Diese haben am 17. März 2020 mitgeteilt, dass sie bis auf Weiteres diese Kurse beziehungsweise Prüfungen aussetzen. Für die Unternehmen wird damit eine rechtskonforme Gewerbeausübung unmöglich. Deshalb benötigen sie dringend die Aussetzung der beiden Gewerbebezugsregelungen und dennoch eine Freigabe über das Bewacherregister, das seit dem 1. Juni 2019 gilt.

Mehr Informationen zur Branche finden Sie auf der Website des Bundesverbandes der Sicherheitswirtschaft <https://www.bdsw.de> .

Informationen zur Versorgung mit Bargeld finden Sie auf der Website der Bundesvereinigung Geld- und Wertdienste <https://www.bdsw.de> .

Informationen zur Luftsicherheit finden Sie auf der Website des Bundesverbandes der Luftsicherheitsunternehmen <https://www.bdls.aero> .

Tankstellen

Tankstellen bleiben weiterhin geöffnet. Allerdings schlägt die Krise deutlich auf die Umsätze durch. Auf Grund der Ausgangsbeschränkungen sinkt die Nachfrage nach Kraftstoffen. Einige Tankstellenbetreiber denken über eine Verkürzung der Öffnungszeiten nach. Das hätte Auswirkungen auf den Personaleinsatz.

Vorschläge

Damit die Tankstellen die Bürger mit Kraftstoffen, Reisebedarf und Waren des täglichen Bedarfs versorgen können, muss die Logistik auch weiterhin funktionieren. Die europäischen Grenzschießungen dürfen den Waren- und Güterverkehr nicht länger beeinträchtigen. Die Versorgung der LKW-Fahrer mit warmen Essen und Zugang zu sanitären Anlagen rund um die Uhr muss gewährleistet werden.

Mehr Informationen zur Branche finden Sie auf der Website des Bundesverbandes Freier Tankstellen <https://www.bft.de> .

Versicherungs- und Finanzdienstleistungsvermittlung

Die Corona-Krise wird sich auf die Neuabschlüsse bei Versicherungen und Finanzdienstleistungen niederschlagen. In Krisenzeiten kommt den Vermittlern zugute, dass sie ein enges Verhältnis zu ihren Kunden haben.

Da bereits heute nahezu alle Branchen Umsatzrückgänge haben, wird das auch für Versicherungsvermittler dazu führen, dass sie im nächsten Jahr erhebliche Umsatzrückgänge zu verkraften haben werden. Ursachen dafür sind niedrigere Umsatzmeldungen von versicherten Betrieben, Insolvenzen und vermehrte Storni.

Vorschläge

Das Bundeskabinett hat noch am 11. März das Finanzanlagenvermittler – Aufsichtsübertragungsgesetz (FinAnlVÜG) beschlossen. Die Aufsicht über die Finanzanlagevermittler obliegt den Gewerbeämtern. Eine Übertragung der Aufsicht zur BaFin führt zu erheblichen finanziellen Mehrbelastungen für die betroffenen Unternehmen. Das Bundeskabinett sollte den Gesetzesvorschlag zurückziehen, um unnötige Belastungen für die Unternehmen zu einem ungünstigen Zeitpunkt zu vermeiden.

Mehr Informationen zur Branche finden Sie auf folgenden Websites:
Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute <https://www.bvk.de> ,
Bundesverband Deutscher Versicherungsmakler <https://bdvm.de> , VOTUM
Verband Unabhängiger Finanzdienstleistungs-Unternehmen in Europa
<https://www.votum-verband.de> , Bundesverband der Assekuranzführungskräfte
<https://www.vga-koeln.de> .

Videotheken

Viele Videotheken bieten neben Waren des täglichen Bedarfs auch Paket Shops an. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Versorgung der Menschen vor Ort. Die Krise führt zu massiven Umsatzverlusten. Angeordnete Schließungen führen zu Abwanderungen in den Onlinebereich. Die Nutzung illegaler Angebote steigt.

Vorschläge

Hinweise auf unterschiedliche Zuständigkeiten müssen unterbleiben. Maßnahmen lokaler Behörden sollten nur in gut begründeten Fällen von den Landeserlässen abweichen.

Hilfen auch für geringfügig Beschäftigte jenseits des Kurzarbeitergelds.

Anpassung der Regelungen für Geschäftsschließungen. Abhol- und Lieferdienste stellen oft größere Risiken dar, als Geschäfte, die nur sehr wenige Personen zum gleichen Zeitpunkt einlassen, bei denen die Aufenthaltsdauer gering ist und wo die Abstandsregeln auch kontrolliert werden.

Mehr Informationen zur Branche finden Sie auf der Website des Interessenverbandes des Video- und Medienfachhandels in Deutschland <https://ivd-online.de> .

Zeitarbeit

Die Nachfrage nach Zeitarbeit geht zurück. Die Branche begrüßt ausdrücklich, dass auch Zeitarbeitsunternehmen auf Kurzarbeit zurückgreifen können.

Mehr Informationen zur Branche finden Sie auf der Website des Bundesarbeitgeberverbandes der Personaldienstleister <https://www.personaldienstleister.de> .